

Wolfgang Mohr

**Der Arbeitnehmerbegriff
im Arbeits- und Steuerrecht**



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Bestandsaufnahme: Die gesetzlichen und dogmatischen Strukturen des Arbeitnehmerbegriffs im Arbeits- und Steuerrecht	
1. Kapitel: Grundlagen	1
I. Einführung in die Problematik	1
II. Der Arbeitnehmerbegriff im Gesetz	8
1. Arbeitsrecht	8
2. Selbständigenrecht	10
3. Recht der arbeitnehmerähnlichen Personen	10
4. Steuerrecht	11
5. Fazit	16
III. Kritik am geltenden Gesetzesrecht	17
IV. Gesetzesrecht und Richterrecht: Zur Situation in der Rechtsprechung	22
1. Die arbeits- und steuerrechtliche Behandlung von Rundfunk- und Synchronsprechern sowie von Filmschaffenden	22
a) Arbeitsrecht	22
b) Steuerrecht	23
c) Kritik	25
2. Die Rundfunkermittlerentscheidungen von Bundesarbeitsgericht und Bundesfinanzhof	27
a) Bundesarbeitsgericht	27
b) Bundesfinanzhof	28
c) Kritik	29
3. Zur arbeits- und steuerrechtlichen Behandlung von Lehrern und Dozenten außerhalb allgemein- bildender Schulen	30
a) Arbeitsrecht	30
b) Steuerrecht	32

c) Kritik	33
4. Zur unterschiedlichen Behandlung von Organmitgliedern	35
a) Arbeitsrecht	35
b) Steuerrecht	36
c) Kritik	37
5. Nebeneinander von gesellschaftsrechtlichem Vertragsverhältnis und Arbeitsverhältnis	38
a) Arbeitsrecht	38
b) Steuerrecht	40
c) Kritik	41
6. Zur unterschiedlichen Behandlung von Heimarbeitern	42
a) Arbeitsrecht	42
b) Steuerrecht	42
c) Kritik	43
7. Zur arbeits- und steuerrechtlichen Behandlung von Angehörigenarbeitsverhältnissen	44
a) Arbeitsrecht	44
b) Steuerrecht	45
c) Kritik	47
8. Fazit	48
 2. Teil: Der Arbeitnehmerbegriff im Arbeitsrecht	
2. Kapitel: Der Arbeitnehmerbegriff nach Rechtsprechung und herrschender Meinung im Arbeitsrecht	50
I. Der Streit um den richtigen Begründungs-tatbestand	50
1. Eingliederungstheorie	50
2. Vertragstheorie	51
II. Die Abgrenzungsmerkmale in der Rechtsprechung	52
1. Zeitliche Weisungsgebundenheit	55

2. Örtliche Weisungsgebundenheit	57
3. Weisungsgebundenheit hinsichtlich Art und Abwicklung der Arbeit	58
4. Organisatorische Eingliederung	59
5. Untemehmerrisiko	60
6. Soziale Schutzbedürftigkeit	61
7. Parteiwille	62
8. Sonstige Kriterien	62
III. Kritik	63
IV. Der Arbeitnehmerbegriff in der arbeitsrechtlichen Literatur	68
1. Der Arbeitnehmerbegriff der herrschenden Meinung	69
a) Arbeitnehmerabhängigkeit als persönliche Abhängigkeit	70
aa) Persönliche Abhängigkeit als zeitliche Weisungsgebundenheit	70
bb) Persönliche Abhängigkeit als Arbeitskontrolle und Bindung an fachliche Weisungen	70
cc) Persönliche Abhängigkeit als Eingliederung	71
2. Abweichende Auffassungen	72
a) Arbeitnehmerabhängigkeit als persönliche oder wirtschaftliche Abhängigkeit	72
b) Arbeitnehmerbegriff als Problem vertragrechtlicher Gestaltung: Abgrenzung nach der Art der Schuld	74
c) Arbeitnehmerabhängigkeit und Verlust der Dispositionsfreiheit	77
d) Arbeitnehmerabhängigkeit und Fremdnützigkeit der Arbeit	78
e) Fremdbestimmtheit und Fremdnützigkeit der Arbeit	79
f) Arbeitnehmerabhängigkeit und soziale Schutzbedürftigkeit	80

g) Arbeitnehmerabhängigkeit und freiwillige Wahl des Unternehmerrisikos	82
h) Arbeitnehmerabhängigkeit und Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen	84
i) Ableitung des Arbeitnehmerbegriffs aus der Risikoverteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	86
V. Kritik	86
VI. Fazit und Überleitung	93
 3. Kapitel: Entwicklung des eigenen Standpunktes	95
I. Methodische Überlegungen: Zur Bedeutung der Rechtsfolgen	95
II. Bedenken gegen die Einbeziehung der Rechtsfolgen in die Definition des Arbeitnehmers im Gegensatz zum Selbständigen	97
III. Teleologische Verknüpfung von Tatbestand und Rechtsfolge	100
1. Der arbeitsrechtliche Berufsschutz	100
a) Gefahrenschutz	100
b) Persönlichkeitsschutz	101
c) Haftungsschutz	101
d) Schutz bei Leistungsstörungen	102
2. ist exklusiver Arbeitnehmerschutz	103
3. Der arbeitsrechtliche Existenzschutz	104
a) Verlagerung des Marktrisikos auf den Arbeitgeber	104
b) Sonstiger Existenzschutz	105
c) Bedeutung für die teleologische Definition des Arbeitnehmers im Gegensatz zum Selbständigen	106
4. Der Berufs- und Existenzschutz Selbständiger	107
a) Berufsschutz	107
b) Existenzschutz	107

5. Fazit	108
IV. Die Gründe für den Berufs- und Existenzschutz des Arbeitnehmers	110
1. Die Eingliederung in eine fremde Arbeitsorganisation	110
2. Der Arbeitsplatz als Existenzgrundlage	111
3. Konsequenzen	111
4. Kapitel: Vorschlag einer gesetzlichen Definition des Arbeitnehmerbegriffs	113
I. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses	113
II. Die Abgrenzungsmerkmale	114
5. Kapitel: Zur Begründung	115
I. Vertragsfreiheit, Rechtsformwahl und Rechtsformzwang	115
1. Fehlqualifizierung und zwingendes Arbeitsrecht	115
2. Die Grenzen des Parteiwillens	118
3. Rechtsformwahl und objektives Erscheinungs- bild der Tätigkeit	119
4. Das objektive Erscheinungsbild der Tätigkeit als Ausdruck der persönlichen und wirt- schaftlichen Abhängigkeit des Arbeitnehmers	120
II. Das Fehlen einer eigenen Marktorganisation.....	122
1. Entscheidungsfreiheit	123
2. Beschäftigung von Mitarbeitern und eigene Betriebsstätte	124
3. Entgeltberechnung	125
4. Zwischenergebnis	126
III. Fehlende Marktorientierung als Ausdruck wirtschaftlicher Abhängigkeit	127
1. Formen der Marktorientierung	128

2. Der Ausschluß unternehmerischer Chancen und Risiken	129
3. Bedenken gegen die Einbeziehung der wirtschaftlichen Abhängigkeit in die Definition des Arbeitnehmerbegriffs	130
a) Wirtschaftlich abhängige Selbständige	130
b) Berücksichtigung der privaten Vermögensverhältnisse	131
4. Zwischenergebnis	132
 6. Kapitel: Offene Fragen	133
I. Der kurzfristig Vollzeitbeschäftigte	134
1. Gesetzliche Regelung	134
2. Abgrenzung zum kurzfristig vollzeitbeschäftigen Selbständigen	134
3. Zwischenergebnis	136
II. Der Teilzeitbeschäftigte	137
1. Gesetzliche Regelung	137
2. Abgrenzung	137
3. Zwischenergebnis	141
III. Die arbeitnehmerähnliche Person	141
1. Gesetzliche Regelung	141
2. Einordnung und Abgrenzung	143
3. Ergebnis	145
 Gesamtergebnis zum Arbeitsrecht und Überleitung zum Steuerrecht	146
 3. Teil: Der Arbeitnehmerbegriff im Steuerrecht	
7. Kapitel: Der Arbeitnehmerbegriff in der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	150
I. Die Abgrenzungsmerkmale	150
1. Zum Merkmal der Eingliederung	151

2. Zum Merkmal der Weisungsgebundenheit	152
3. Zum Merkmal der Beschäftigung "unter der Leitung des Arbeitgebers"	153
4. Zum Merkmal "fehlendes Unternehmerrisiko"	154
5. Parteiwille	155
6. Der steuerrechtliche Arbeitnehmerbegriff als Typusbegriff	156
II. Eigenständiger steuerrechtlicher Arbeitnehmerbegriff	158
1. Die frühe Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zum steuerrechtlichen Arbeitnehmerbegriff	159
2. Eigenständiger steuerrechtlicher Arbeitnehmerbegriff statt dogmatischer Offnung des Lohnsteuerrechts	165
III. Kritik	171
1. Weisungsgebundenheit	172
2. Eingliederung	174
3. Fehlendes Unternehmerrisiko	175
4. Parteiwille	175
5. Teleologische Kritik	176
8. Kapitel: Zur Begründung eines eigenständigen steuerrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs	178
I. Leistungsfähigkeitsprinzip und wirtschaftliche Betrachtungsweise als aussagekräftige steuer-autonome Auslegungsprinzipien	178
1. Leistungsfähigkeitsprinzip	178
a) Verständnis der herrschenden Meinung	180
b) Gegenmeinung	180
c) Konsequenzen	181
2. Inhalt und Bedeutung der sogenannten wirtschaftlichen Betrachtungsweise für den steuerrechtlichen Arbeitnehmerbegriff	185

a) Zum Gegenstand der wirtschaftlichen Betrachtungsweise im Steuerrecht: Zwei Bedeutungsebenen	185
aa) Verhältnis zwischen gesetzlichem Tatbestand und Sachverhalt	186
bb) Auslegung anspruchsgrundender Tatbestände	186
b) Konsequenzen	188
c) Wirtschaftliche Betrachtungsweise in der zivilrechtlichen Praxis: Keine steuerrechtliche Eigenart	190
9. Kapitel: Der Arbeitnehmerbegriff in der steuerrechtlichen Literatur	193
I. Überblick	193
II. Die Abgrenzungsmerkmale	194
1. Arbeitnehmerbegriff und Weisungsgebundenheit	194
2. Arbeitnehmerbegriff, Schulden der Arbeitskraft und Eingliederung	195
3. Abgrenzung nach der Risikoverteilung	200
III. Die steuerrechtliche Literatur zur Standortbestimmung des Arbeitnehmerbegriffs innerhalb der Rechtsordnung	202
1. Das Steuerrecht als Folgerecht des Zivilrechts	203
2. Die Einheit der Rechtsordnung als Ordnungsprinzip	203
3. Abgrenzung nach der Teleologie des Steuerrechts	205
IV. Kritik	206
10. Kapitel: Entwicklung des eigenen Standpunktes	210
I. Methodische Überlegungen: Die Grundsätze der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung als Fundamentalprinzipien	210

I.	Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung als dogmatisches Fundament	210
2.	Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung und Bestimmtheitserfordernis	211
3.	Konsequenzen für die Einkünftequalifizierung im Rahmen des § 2 Abs.1 EStG	212
II.	Der Gleichbehandlungsgrundsatz als methodisches Leitbild	215
III.	Der steuerrechtliche Arbeitnehmerbegriff und die Einheit der Rechtsordnung	217
1.	Zum Inhalt des Grundsatzes der Einheit der Rechtsordnung	219
	a) Die äußere Einheit der Rechtsordnung	219
	b) Die innere Einheit der Rechtsordnung	219
2.	Bedeutung für den steuerrechtlichen Arbeitnehmerbegriff	220
IV.	Bestimmung des steuerrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs unter maßgeblicher Berücksichtigung des Aspekts der individuellen Rechtssicherheit	222
1.	Zur Reichweite dieses Gerechtigkeitspostulats	222
2.	Die kodifizierten Abweichungen von arbeitsrechtlichen Wertungen	224
3.	Der Bereich der einfachen Subsumtion	225
4.	Die Mißbrauchstatbestände: Gegenstand einer qualifizierten Subsumtion	228
5.	Tatbestände außerhalb einer Interessenkollision	232
6.	Fazit	232
V.	Auswirkungen auf die Definition des steuerrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs: Zugleich Vorschlag einer gesetzlichen Neufassung	233
 4. Teil: Einzelne Beschäftigungsformen		
I.	Die auf Produktionsdauer beschäftigten Rundfunkmitarbeiter	236

XVIII

II. Franchisenehmer	245
III. Heimarbeit de lege ferenda	249
IV. Telearbeit	251
V. Handelsvertreter	253
VI. Organmitglieder	255
VII. Lehrer und Dozenten	256
Schlußbemerkung	258
Litaraturverzeichnis.....	261
Vorbemerkung	VII
Inhaltsverzeichnis	IX